

Zweites Blatt

Nebröer Anzeiger

№ 99

Donnerstag, den 21. August 1930

43. Jahrgang

Unser freiliches zum Stickstoffpakt.

Kritik an der Preispolitik.

Berlin, 19. August.

Nachdem das Stickstoffpakt in sehr gewandten Erklärungen die Öffentlichkeit über Sinn und Inhalt des internationalen Stickstoffpakts recht ungenügend orientiert hat, mehren sich die kritischen Stimmen, die sich mit dem Inhalt dieses Paktes, wie mit der Preispolitik der Stickstoffindustrie beschäftigen.

Die Organisation der französischen Stickstoffgroßhändler hat wenige Tage nach dem Abschluß des Pakts die Preise für Chilealpakaer um 15,50 Frs. für 100 Kilogramm erhöht. Da der Preis vorher rund 120 Frs. betrug, und nunmehr auf 104 bis 105 Frs. gestellt ist, handelt es sich um eine Ermäßigung um rund 15 Prozent. Gleichzeitig sind die neuen Stickstoffpreise für Deutschland vom Syndikat bekanntgegeben worden, und man muß mit Debarren feststellen, daß hier die Preise um rund 2 Prozent für eine Reihe von Stickstoffsorten gesenkt worden sind, während sie gerade für die hochaktiven und teuren Stickstoffdünger keine Senkung erfahren haben.

Hier hat man lediglich durch härtere Stellung einen Anreiz zur früheren Bestellung im Herbst und in den Wintermonaten gegeben, einen Anreiz, der kaum genügen dürfte, da die Weltmarktpreise den Einkauf des Düngers nicht wie vor erst in letzter Minute erlaubt. In der „Ernährungszeitung“ wird eingehend nachgewiesen, daß die Selbstkostenpreise der Stickstoff- und der Kali-Industrie — auch mit dieser muß man sich eingehend beschäftigen — zum Teil stark sind, zum Teil in den letzten Jahren beträchtlich gesenkt werden konnten, ohne daß der Preis für das fertige Produkt auch nur annähernd so stark gesenkt worden wäre. Was die Stabilität des Selbstkostenpreises anbelangt, so ist bei der Düngemittelindustrie der größte Teil des Herstellpreises durch den außerordentlich hohen Anteil des investierten Kapitals an den Gesamtkosten bedingt.

Daraus ergibt sich, daß die Steigerung der Erzeugung nicht eine entsprechende Steigerung der Ausgaben zur Folge hat, was sich als Senkung des Endpreises äußern muß. Andererseits ist der Anteil der Löhne außerordentlich gering, er erreicht bei der Stickstoffindustrie im allgemeinen kaum 20 Prozent, so daß sich mit der Erhöhung der Löhne während der letzten Jahre eine Preispolitik nicht durchführen läßt, die sich gegen stützbar Preisentlagen wehrt.

Wiel zu wenig beachtet wird nach den Darlegungen der „Ernährungszeitung“, die sich teilweise auf die Zustände von Sachverständigen der betreffenden Industrien stützen, die außerordentlich hohe Abschreibung, die bei der Kali-Industrie 15 und 20 Prozent erreicht. Der Enquete-Ausschuß, der sich bei seinen Untersuchungen über die Lage dieser Industrien äußerst vorsichtig geäußert hat, kommt nicht um die Feststellung herum, daß in diesen Hochrechnungen teilweise Gewinnrezionen enthalten sein dürften. Außerordentlich stark ist auch die Einkaufspolitik, die die Kaliindustrie durch die Abschreibung der aus der Fusionierung von 1924 übernommenen Anlagen erleidet. Daraus man noch hinzuzufügen, daß ein prominenter Vertreter der Kaliindustrie kürzlich er-

klärte, die Kali-Industrie liege die gefährdete der deutschen Industrie überhaupt, so kommt man zu dem Schluß, daß hier wie bei der Stickstoff-Industrie ein fälliger Preisabbau möglich und notwendig ist.

Notwendig ist er, weil die Senkung der französischen Preise für Chilealpakaer nicht den Eindruck erwecken darf, daß man Chile goldene Brücken gebaut hat, nur um das Preisniveau im Inland künstlich zu halten.

Zälligkeit der Aufwertungshypothesen.

Von Dr. Joenke-Widom.

Bekanntlich ist in dem Aufwertungsgesetz vom Juli 1925 die Rückzahlung und Prozente Verzinsung der Aufwertungshypothesen bis zum Jahre 1931 geregelt worden. Was nach dem 31. Dezember 1931 wird, war bislang fraglich und mangelnder Aufwertungshypothekensuldner hat mit Sorge an den Zeitpunkt, an dem der Aufwertungsgläubiger seine Hypothek kündigen und sein Kapital zurückverlangen würde. Das wird in vielen Fällen aus Verärgerung auch dann geschehen, wenn der Schuldner höhere Zinsen zahlt und der Gläubiger das Geld nur zum Zwecke unternehmerischer Anlage zurückfordert.

Der alte Rechtsstand hat sich durch seine Aufhebung durch das „Gesetz über Zälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypothesen“ und das „Gesetz über die Verzinsung der Grundbücher“ über das Schicksal der Aufwertungshypothesen entschieden. Damit dürfte auch der Zweifel, in die gelagte Aufwertungshypothek gelegt sein. Die Bestimmungen werden durch die neuen Gesetze keineswegs in den Gläubiger auf andere Weise und für vorteilhaftere Aufwertung ist damit wohl ebenfalls endgültig abgetan.

Das Gesetz über Zälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypothesen bestimmt nun folgendes:

Jedem eine Aufwertungshypothek nicht auf Grund gültiger Vereinbarung zwischen Schuldner und Gläubiger verlängert wird, kann der Schuldner bei der Aufwertungsfeste innerhalb 3 Monaten nach Durchgang der Aufwertungshypothek Antrag auf Festsetzung der Rückzahlung stellen.

Die Rückzahlungssfrist für Aufwertungshypothesen kann bis zum 31. Dezember 1934 (letzter Termin) verlängert werden.

Darüber hinaus ist eine gesetzliche Regelung für hinausgehenden der Rückzahlung nicht vorgesehen. Der Schuldner muß nachweisen, daß er keine Zahlung der Aufwertungshypothek hat und sich keine Möglichkeit der Beschaffung durch Umschuldungskredite usw. befindet. Die Aufwertungsfeste werden hier vor schwere Entscheidungen gestellt werden, denn eine Zahlungsfrist soll dann ausgeschlossen sein, wenn die Bemittlung für den Gläubiger unbillig ist.

Die Verlängerung der Aufwertungshypothesen ist im erwähnten Aufwertungsgesetz bis zum 3. Dezember 1931 mit 5 Prozent geregelt. Das Aufwertungsschlusgesetz überläßt die Festlegung einer höheren Verzinsung nach dem 31. Dezember 1931 einer Verordnung der Reichsregierung, die die Zustimmung des Reichsrates erfahren soll. Ueber die Höhe der Verzinsung etwa verlängelter Aufwertungshypothesen läßt sich also zurzeit noch nichts bestimmtes sagen. Es ist anzunehmen, daß die Zinsen denen der langfristigen Kredite der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten entsprechen, das würde zurzeit etwa 7-8 Prozent sein. Die im Rahmen der angeführten und nach zu erwartenden Verzinsung erhöhten Zinsen sind dinglich im Grundbuch wie die Aufwertungshypothek selbst gesichert. Darüber hinausgehende

Zinsforderungen würden an „nächstfreier Stelle“ im Grundbuch dingliche Sicherung erfahren können. Diese Bestimmungen haben viel Widerspruch ausgelöst, da in späterer Hypothekensicherung dadurch benachteiligt werden und die Richtigkeit des Grundbuches nicht gewahrt ist.

Bei Tilgungshypothesen, wie sie ja von den Hypothekentreueinrichtungen fast ausschließlich gegeben werden, ist nach vorgesehen, daß vom 1. Januar 1935 ab die Regierung berechtigt ist, den erhöhten Zinssatz den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend zu senken oder weiter zu erhöhen.

Das Gesetz über die Verzinsung der Grundbücher bringt endlich die lange ersehnte Ordnung in die Grundbücher. Alle Zweifelsfragen, ob Aufwertung nach möglich ist oder nicht, fallen fort. Bis zum 31. März 1931 sind alle Eintragungsanträge zu stellen. Nach Ablauf dieser Frist verlieren Kapitalerträge jedes Aufwertungsvorgang im Grundbuch. Auch Anträge auf Eintragung der fogen. Eigentümerangelegenheiten sind bis zu erwähnten Zeitpunkt zu stellen. Nach dem 31. März wird also der öffentliche Glaube dem Grundbuch wiederzugeben, eine Regelung und Bestimmung, die ungemein zu begrüßen ist.

18. Deutsche Dfmesse.

Eröffnung in Königsberg.

Königsberg, 19. August.

Die 18. Deutsche Dfmesse ist hier eröffnet worden. Sie hatte gleich am ersten Tag starken Besuch aufzuweisen. In der Großen Aula der Hindenburg-Oberrealschule fand die Begrüßung der Gäste durch die Messeleitung statt. Dr. Schöpper begrüßte im Namen der Stadt die Vertreter der Reichs- und Staatsregierung, besonders den Leiter der Dfmesse, Ministerialdirektor Dr. Wagsmann, ferner die Vertreter der Handelskammer, der Wissenschaft, der Industrie und Kaufmannschaft und der Presse. In Vertretung des Reichsministers Dr. Treverius sprach Herr

Ministerialdirektor Dr. Wagsmann.

der der 18. Deutschen Dfmesse im Namen der Reichs- und Staatsregierung einen guten Verlauf wünschte. Er kam dann auf die Dfmesse zu sprechen, wobei er betonte, daß die Dfmesse in ihrer Gesamtheit die deutsche Landwirtschaft in den Vordergrund stelle. In der Dfmesse liege der Wert der Arbeit worden, die Zusammenarbeit von Reich und Preußen in neue Bahnen zu leiten. Reich und Preußen würden alle Kräfte daran legen, die Dfmesse zu erhalten als die Quelle und den Jungbrunnen deutscher Kraft. Darauf nahm der Präsident der Dfpreussischen Landwirtschaftskammer, Dr. Brömmes,

das Wort, bei der Anrede gab, daß auf der Königsberger Dfmesse der Aufbau des gegeben werden müsse, die Weltfrage der Agrarwelt einmal international zu bearbeiten und die Vorarbeiten hierfür in die Wege zu leiten. Zum Schluß dankte der Vorsitzende des Ausstellungsverbandes, Artur Cohn, für das von den Deutschen Dfmesse entgegengenommene Interesse und daß, ihr dieses auch weiterhin zu erhalten.

Die 18. Deutsche Dfmesse stellt sich mit ihren großen Sonderausstellungen wieder in imponierender Form dar. Von den neben der großen Textil- und Wollwolle ausgehalten Ausstellungen nehmen wieder die landwirtschaftlichen weitens den größten Teil ein. Einen vorzüglichsten Grundbaud macht die Reichslandschau, die die führenden Züchtungen Königsbergs und der Provinz mit den Reichslandbauern in

Das lächelnde Java
ROMAN von ARNO FRANZ
URHEBERRECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDHAU BA
(V. Fortsetzung.)

Das war eben nur in „Des Indes“ möglich. Der Manager, Herr Sonnenblat — oder hieß er Silberstein — so ähnlich oder laute sein Name, war eben ein vorzüglicher Gastronom und kannte seine Leute. Ob sie Militärs waren oder Beamte oder vom Innderhand oder Großkaufleute, Silberstein-Sonnenblat mußte in allen Chroniken beheld. Seine Auskünfte, die er gelegentlich auf Betragen erteilte, waren immer zuverlässig, obgleich er kein Wort sagte. Er machte das nämlich ab mit Spitzenhosen, Wandbrillen, Augenbinnen und herabfallendem Es war fabelhaft, was er damit auszurichten verstand.

Eben machte er eine Verbeugung und was für einer! Im Viertelminut. Wie ein aufgeschlagener Jirlet. Diese fabelhafte Verbeugung galt Mac Leod und Frau, die den Saal betraten.

Wie dem Saal in Solo die Häftlinge ging er den beiden schreie. Frau ruffend.

Leod glaubte einen Zwerg anzuheulen zu sehen, aber fünf Sekunden vor ihm schnellte der Manager zu seiner großen Größe auf, die allerdings nicht imponierend war, aber immer doch andertwärts Meier betragen mochte, und begrüßte die hohen Herrschaften auf seine Art.

Herr Hauptmann! Hohe Ehre! Glänzender Ruf Ihren vorausgegangen. Ich und mein Haus heißen uns glücklich — Wollen dem Herrn dienen, hatte Mac zu hören erwartet, aber es blieb aus. Dafür fuhr der Hotelmeister, zu Traute gemeldet, fort:

Ich — wenn ich so sagen darf: Die Sonne von Java. Bitte gndigst zu entschuldigen, ich bin außer mir vor Freude.

Mac hatte nicht über Luft, dem Herrn mit dem poetisch-metallenen Namen eine besondere Antwort zu geben, bekanntlich aber, da er merkte, daß dieser Herr zu verdrückt werden mußte, wie er merkte. Die Sonne von Java war keine Taktlosigkeit, sondern tatsächlich ein Kompliment.

„Dart ich die Herrschaften führen.“ — er denerne neben ihnen her — „alles schön vorbereitet, alles in besserer Ordnung und auf Erwartung gestimmt. Ehrenplätze mit Blumen begrenzt. Wenn Sie belibuen — rechts, meine Herrschaften.“

„Bitte voranzugehen, Herr Sonnenblat.“ — dabei wies er sich den Schweiß von der Glatze — „Sonnenblat! Komisch, nicht wahr? Aber wie die Eltern heißen, so heißen die Kinder — Achtung, Reororum — Stufe“, warnte er an der Balustrade der Treppe, auf die Traute eben den Fuß setzte.

„Entzückende Fuß“, wenn ich so sagen darf“, bemerkte er, „bestimmt nicht aus Amsterdam.“ und Mac tippte ihn in die Seite.

„Sie müssen nicht alles sehen, mein Lieber.“ sagte er lächelnd, und Sonnenblat erwiderte:

„Welt kann ich nur meine Augen, Herr Hauptmann?“ — Da mußte auch Traute lächeln über den schlagen Reiz.

In diesem Moment kam einer angezogen — schlant, rauh, jung, blond, blaueaugig. Bis auf Haar und Augen hatte er nichts holländisches an sich. Das Schwere schloß ihm. Er schluckerte, begrüßte sich, schwamm im Glanz und — schämte.

Er hieß William de Bries, war der jüngste Leutnant der Grenzfürst, und Mac Leod war sein Hauptmann.

Die gemessene Feiertätigkeit der Orientalen entpringt nicht ihrer Veranlagung, sondern ist Zweckmäßigkeitslaide. Das wußte de Bries noch nicht.

Zimmer hüßlich langsam bei 38 Grad Wärme, das hätte ihm auch der Verstand sagen können. Das Pflagen des Kopfes und Senten des Lages ist ein eindringlicher Gruß als das aufdringliche Hochschlagen und unheimliche Glibberverrenken. Von jenem transpiriert niemand, aber auch der hüßcheste Mann macht mit Schweißperlen auf der Stirn keinen guten Eindruck.

Was es die Hitze, war es die Erregung, war es der Mißbehel oder was war es sonst, das ihm so sichtbar beugte und ihn der letzten Feinheit in den unergreiflichen Augen gegenüber lo befangen machte?

„Ich bin glücklich“, hatte er bei seiner Vorstellung gemammelt und sein Hauptmann hatte gelächelt.

Glücklich hießen alle zu sein, die Traute Mac Leod begegneten.

Und dann wußte der junge blonde Leutnant nicht: Wie war er an Trautes Seite gekommen? Wer war ihn dahin geleitet? Er sich doch nicht etwa selbst?

Er hatte seine Ahnung.

Da lagen die Kameraden, die verheirateten und die ledigen, rund um ihn her, und er lag an der Seite der Schönen. Wie vom Himmel gefallen war das, und dann war es doch wieder zum Verzeihen. Er füllte sich verpflichtet zu reden und fand seine Worte. Er galt als forder Kerl und hatte Angst, war ein Leutnant und benahm sich wie ein Schulanfänger, der noch sechs Jahren Internat auf eine Frauenberufsschule losgelassen wird, in der moderne Mädchen zwischen dierzehn und siebzehn ihrem Lehrer das Leben zeigen mochten.

Endlich sagte er sich doch ein Herz. Er mußte etwas sagen, ganz egal was und wenn es blim-blam-blortum war.

Und Leutnant de Bries schloß los:

„Gnädige Frau halten mich wohl für sehr — —, er schluckte, „sehr — — und schloß wieder — —, sehr — —, er schluckte zum dritten Male, und da er nicht gut noch ein viertes Mal „sehr“ sagen konnte, war er still.

„Schädiere“, meinen Sie“, erbaute sich Traute seiner, und er bekräftigte strahlend: „So — schädiere.“

„Das tat ich nun nicht, Herr Leutnant. Aber für taufstum hielt ich Sie für doof.“

„Gottverdammt“, raus war er, der Fisch, den man von Holländern in Batavia in der Minute sechzigmal hören kann, und a tempo folgte das andere: „Entschuldigen Sie, gnädige Frau, entschuldigen Sie tausendmal! Das ist mir nicht über die Lippen gekommen. Ich — —, ich — —, ich — —, ich — —.“

„Aber Sie wissen ja nicht, wie lo ein Fisch muß sein, wie er erleuchtet, wie er frei macht. Sicher — ich bin nicht anders, aber lieber Gott, helf er sich!“ — Wenn man aus Jugend an einen gelegenen Schmale geholt hat und bringt ihn ganz plötzlich nicht mehr auf! Entzückt ist das, — und der Zustand unter der Fremde! Wie Alpenalpen — aber roll — Also hier sehr, gnädige Frau, lassen Sie mich nicht verzweifeln und sein Sie mir nicht böse. Ich war wirklich in Wollen, ich war geistig gelähmt, es war absolute Gehirnne in Oberflächigen.“

(Fortsetzung folgt.)

Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wih. Bauer in Köpchen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köpchen.
Geschäftsstelle in Nebra: Franz Kaufmann Weiz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köpchen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 2232

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Sankverein Artzt.

Nr 99

Donnerstag, den 21. August 1930

43. Jahrgang

Umriffe des Gesamtprogramms.

Obwohl die Einzelheiten des Reformprogramms, das die Reichsregierung für den Herbst in Aussicht gestellt hat, noch nicht bekannt geworden sind, so lassen sich dessen Umriffe doch mitteilens zum Teil aus den bisherigen Maßnahmen und Verfügungen der Regierung erkennen. Danach umfaßt das Programm als Hauptpunkte das Finanzprogramm, das Agrarprogramm, das Öl- und Weizenprogramm, das Sozialprogramm, das Wirtschaft- und Verkehrsprogramm.

Von diesen Maßnahmen ist das Agrarprogramm bereits am weitesten vermittelbar. Das Kernstück bildet die Erhöhung des landwirtschaftlichen Zollsollens. Ausgehend von der Grundforderung der Landwirtschaft, daß nicht Einzelzölle, sondern das gesamte System der Agrarzölle gehoben werden müsse, führten die bisherigen Maßnahmen zu dem Ergebnis, daß insbesondere für die gesamte Getreidewirtschaft, die früher laren Zölle in einer Generalvollmacht für die Regierung ausgingen, die effektive Zollhöhe nach Maßgabe der jeweiligen Wirtschaftslage zu bestimmen. Von diesen Vollmachten hat die Regierung durch Erhöhung des Weizens und Roggens Gebraucht gemacht und diesen Schutz noch durch eine Reihe von damit in Verbindung stehenden Maßnahmen verläßt. So ist das Agrarprogramm in wesentlichen Punkten durchgeführt. Das gleiche gilt von dem Öl- und Weizenprogramm, das gewisse organische Zusammenhänge mit dem Agrarprogramm aufweist.

Alle diese Maßnahmen sind indessen entscheidend abhängig von der Durchführung eines umfassenden Finanzprogramms, das man mit Recht als das Zentralproblem der deutschen Gegenwart zu bezeichnen pflegt. Was bisher auf diesem Gebiete geleistet wurde, ist jedoch alles andere als das, was man sich bei Annahme des neuen Planes darunter vorstellen. Der allgemeine Umbau unseres Finanzsystems unter gleichzeitiger wesentlicher Steuereinfaltung der Wirtschaft auf dem Ziele der Förderung der Kapitalbildung hat einer Zeit von Steuererhöhungen Platz machen müssen. Immerhin zeigt auch der Weg der deutschen Finanzpolitik der letzten Monate gewisse Anlässe für die notwendige Reform. Die Vorlage eines langfristigen Sparprogramms ist gesetzlich vorgeschrieben. Ob der in Steuererhöhungsprogramm genannte Betrag von mindestens 600 Mill., die im Haushalts 1931 eingepart werden sollen, tatsächlich erreicht wird, steht zwar dahin. Verloren ist aber die grundsätzliche Bestimmung, daß Einkünfte, wenn sie überhaupt erfolgen, für die Deckung der direkten Steuern Verwendung finden müssen. An tatsächlichen Einführungen bringt der Haushalt 1930 bereits 134 Mill. Reichsmark, während der Vorgänger des derzeitigen Finanzministers nur Einkünfte im Ausmaße von 25 Mill. RM. gleichfalls versprochen zu können. Bei den Steuererhöhungen hat sich der Grundgedanke der Verleerung von den direkten auf die indirekte Versteuerung bis zu gewissem Grade durchgeführt, so daß man auch hier alles in allem von einem Fortschritte sprechen darf.

Die Durchführung des Finanzprogramms steht und fällt mit der Sozialreform. Diese Erfahrung aus der Vergangenheit sollte allmählich Allgemeingut werden. Die Arbeitslosigkeit mit ihren finanziellen Anforderungen an die öffentliche Hand gefordert immer wieder die Ordnung der öffentlichen Finanzen. Die finanzielle Zukunftssicherheit muß infolgedessen ihre Ergänzung in sozialen Reformen des Systems finden. Gewisse Zielsetzungen zur Bekämpfung von Mißständen und Mißbräuchen brachte erstmals die Novelle zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschädigung vom Herbst 1929. Weitere Zielsetzungen sind in der Steuerordnung enthalten. Vor allem aber bringt der neue Absatz 2 des § 262 den Anlaß für weitere Reformarbeiten durch die Bestimmung, daß der Höchstbedarf der Reichszuschüsse jeweils im Haushaltsgesetz bestimmt werden soll. Weiter enthält die Verordnung die wesentliche Bestimmung, daß die zukünftigen Fehlbeträge nur noch zur Hälfte vom Reich gedeckt werden und zur anderen Hälfte durch Erhöhung oder Mäßigung der Beiträge oder durch Verbindung beider Maßnahmen ihre Deckung finden sollen. Endlich enthält die Verordnung als Anlaß für die Reform der Krankenversicherung die grundsätzliche Überlassung bedeutungsvoller Leistungen für die Einzahlung des Selbstinteresses der Versicherten. Krankenscheine und Heilmittel werden in Zukunft nicht mehr völlig kostenlos abgegeben. Der Versicherte wird vielmehr in beiden Fällen zur Zahlung einer Gebühr von 50 Pf. verpflichtet. Man kennt die Bedenken, die dieser Regelung entgegenstehen. Die erzieherischen Vorteile überwiegen aber offensichtlich.

Der letzte Punkt des Gesamtprogramms, das Arbeitsbeschäftigungsprogramm, umfaßt 5 Teile: Aufträge der Post, Bestellungen der Reichsbahn, Arbeitsbeschäftigung durch die neugegründete deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, den Wohnungsbau und die Straßenbauten. Soweit die hierzu aufgewendeten Mittel tatsächlich produktiver Verwendung zugeführt werden, wird man diesen produktiven Verbrauch zur Aufzuehlung der Wirtschaft begründen können. Auch die Mäßigung der Regierung, durch die Vergebung der Aufträge Preiszugeständnisse zu erreichen, ist grundsätzlich zu billigen. Leider stimmen die „Erfolge“ der entsprechenden Aktion in den Jahren 1925/26 jedoch festlich.

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß das Gesamtprogramm wesentliche Voraussetzungen für eine Gesundung unserer Wirtschaft schafft, abgesehen die letzten entscheidenden Probleme noch nicht in Angriff genommen sind. Das Zentralproblem der Wirtschaft, die Rentabilität, ist eben keine Frage des guten Willens, sondern eine Frage der Selbsthilfe. Solange die Wirtschaft nicht durch Steuerabbau in die Lage gesetzt wird, diese Selbsthilfe zu leisten, ist noch nichts Entscheidendes geschehen. Hoffentlich werden die guten Anlässe der Notverordnung bei Aufstellung des endgültigen Programms zu ihren letzten Konsequenzen entwickelt.

Reformpläne des Reichskabinetts.

Wahlrechts- und Finanzreform.

Berlin, 20. August.
Das Reichskabinetts hat sich mit verschiedenen Reformplänen beschäftigt, die dem Reichstag alsbald nach seinem Zusammentritt zugeleitet werden sollen. Am weitesten gehen sind die Vorarbeiten des Kabinetts für die Wahlreform.

Die geplanten Maßnahmen beziehen sich lediglich auf eine Reform der Wahlgesetze. Sie lassen also die grundsätzlichen Wahlbestimmungen der Verfassung unangetastet. Das Reichskabinetts will offenbar auf diese Weise den Zwang einer verfassungsändernden Mehrheit, die im Reichstag erlangungsgemäß für grundsätzliche Reformen nicht zu bekommen ist, vermeiden. Infolgedessen verzichtet die Regierung auf eine Heranziehung des Wahlalters, wie das Reichsinnenminister Dr. Wirth bereits in einer Rede zum Ausdruck gebracht hat.

Der Entwurf des Reichsinnenministeriums gründet sich größtenteils auf die Vorarbeiten, die bereits von verschiedenen Abgeordneten Dr. Wirths geleistet worden sind.

Die wichtigste Maßnahme, die das Reichskabinetts vorschlägt, ist eine wesentliche Verkleinerung der Wahlkreise.

Gegenwärtig bestehen 35 Wahlkreise, an deren Stelle später etwa 160 Wahlkreise treten sollen. Man würde es auf diese Weise erreichen, daß in den einzelnen Wahlkreisen höchstens je drei bis vier Abgeordnete gewählt werden können, was aus man sich eine engerer Verbindung zwischen Abgeordneten und Wählerchaft verpricht. Weitere Reformmaßnahmen zielen auf eine völlige Befreiung der Reichslisten hin. Die Berechnung der Reichslisten wird dann innerhalb der Wahlkreisverbände usw. zu erfolgen haben.

Die Vorarbeiten zur Finanzreform sind noch nicht so weit gediehen. Nach zuverlässigen Mitteilungen liegt hier ein fertig ausgearbeiteter Plan noch nicht vor. Der Reichsfinanzminister dürfte zunächst seine Vorschläge innerhalb des Kabinetts eingehend entwickeln, die im wesentlichen auf eine Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern für einen längeren Zeitraum hinauslaufen. Erst auf Grund der Berichterstattung des Finanzministers und der anschließenden Erklärungen innerhalb des Kabinetts dürfte das Finanzministerium einen Referentenentwurf fertigen, der dann das Kabinetts noch einmal zu einem späteren Zeitpunkt beschäftigen würde.

Infolgedessen entbehren auch alle Kombinationen über die Rolle, die bestimmte Steuerarten in den Reformplänen des Finanzministers spielen sollen, einwirkenden auch jeder greifbaren Grundlage.

Beschleunigte Berücksichtigung der Wahlreform

Berlin, 20. August.

Das Reichskabinetts hat den ganzen gestrigen Tag über die Wahlreform beraten. Wie zur erfahren, besteht die Ansicht, die Frage der Wahlreform so bald wie möglich zum Abschluß zu bringen. Der Grund für diese Beschleunigung liegt offenbar auch darin, daß mit dem Einsetzen des eigentlichen Wahlkampfes damit zu rechnen ist, daß die Minister nicht immer vollständig in Berlin anwesend sind. Die Beratungen des Kabinetts dürften deshalb auch über die geistige Vorbereitung hinaus in den allerersten Tagen weitergeführt werden, da bekanntlich auch das Finanzprogramm des Reichsministers Dietrich noch auf der Tagesordnung steht.

Eine radikale Bauernpartei gegründet
Lepzig. Die sich abendauer weiter verwickelnde Notlage der deutschen Landwirtschaft veranlaßte eine größere Anzahl Landwirte aus Mitteldeutschland, Sachsen, Westfalen und Schlesien, in Leipzig zu einer Besprechung zusammenzutreten, um Mittel und Wege zu suchen, wie den Forderungen der Landwirtschaft mehr Nachdruck verliehen werden kann. Nach längerer Beratung wurde die Gründung der „Radikalen Bauern-Partei“ beschlossen.

Winderheitenfragen in Genf.

Die Gegenheit des Völkerverbundes.

Genf, 20. August.

Schon auf der Tagung des Völkerverbundes in Madrid war beschlossen worden, daß von Seiten des Völkerverbundes die Annahme des Völkerverbundes auf die Beschwerden der Winderheiten veröffentlicht werden sollten. Man war aber damals schon der Ansicht, die bis jetzt auch noch nicht revidiert zu werden braucht, daß die Haltung des Völkerverbundes als durchaus minderheitenfeindlich betrachtet werden muß.

Diese Ansicht ist keinesfalls als irrig zu bezeichnen, denn nachdem bereits ein Jahr seit der Madrider Abstimmung ist seitens des Völkerverbundes bisher nicht eine einzige Veröffentlichung über die Stellungnahme der Delegierten zu den in recht großer Zahl eingegangenen Minderheitenbeschwerden erfolgt, und es hat trotz wiederholter Mahnungen auch gar nicht den Anschein, als ob es den ihm angegebenen Verpflichtungen nachkommen wolle. Besonders werden jedoch die kürzlich veröffentlichten Angaben des Völkerverbundes über die eingegangenen und vom Völkerverbund behandelten Minderheitenbeschwerden aufschrei freisetzen, da diese Angaben eine bezeugte Verleugung der Behandlung der Minderheitenbeschwerden durch den Völkerverbund und eine Täuschung der öffentlichen Meinung darstellt.

Man weiß darauf hin, daß der große Vorstoß Dr. Stresemanns auf der Tagung des Völkerverbundes in Lugano infolge der minderheitenfeindlichen Haltung des Völkerverbundes als völlig ergebnislos verlaufen ist.

Der große Hafer.

Paris, 20. August.

In der Rolle des Hüllers, aber einflussreichen Zeilabers an der Lardischen Politik vollendet Raymond Poincaré sein 70. Lebensjahr, rüstig an Leib und Seele, ungebrochen im Huh gegen Deutschland und wenn auch nicht gefeiert, so hoch geehrt von seinem Volke, das in ihm den gelehrtesten Hofhistoriker, geschicktesten Bündnispolitiker und „Retter des Vaterlandes“ feiert. Im Spiegel der französischen Parteien schwankt sein Charakterbild gemäß noch erheblich, da eigentlich niemand sich rühmen kann, diesen edelsten, verdienstvollsten und heldenhaftesten Politiker zu kennen.

Wissen ist man nur von seinem eifernden Willen, seinem harten Festhalten an einmal eingeschlagenen Bahnen und um keine Rücksicht, vor nichts zurückweichende Zielstrebigkeit.

Er, der aus Vorhingen kam, und alles daran setzte, dieses Land wieder mit Frankreich zu vereinigen, der eben nur in dieser Hinsicht sich nicht immer noch dem Huh und für sein Huh nicht den graden Weg überlebender von Boden aus für eine Stimmung, die der bei jeder Wahl eine neue Umwälzung herbeiführt, bis ins Unendliche von selbst eine Mischung von Poincaré zurück-

Sunrigen, die so auch die äußeren

Plan, die zum er sich die voll- gezogenen Deutsch- des Völkerver- erfüllt. Er ver- sich vor.

um seit jeder im in der Masse des: es: und Unter- bis ins dritte

elehrbare Mann dem Eintritt ins Seite abgeben können, dafür hat das deutsche Volk zwölf durch ihn ge- liten, hat durch die aufgehellte Art, wie er den „Siege“ Frankreichs ausnüht, zwölf ertragen müssen.

Der Preis für Ostkorano.

Eine französische Stimme zur Korridorfrage.

Paris, 19. August.

Der bekannte Politiker Jüde beschäftigt sich in der französischen Zeitung „Le Bolant“ mit der Korridorfrage. Er legt in seinem Vollen sehr richtig:

Wenn Polen, als es die vollständige Anlage des Hafens von Gdingen in Angriff nahm, sich nicht vorwiegend von militärischen Erwägungen, fast von wirtschaftlichen lassen ließ und wenn das wirtschaftliche Problem nicht durch militärische Fragen verdrängt worden ist, läge Polen gut daran, sich nach den Erfahrungen anderer umzusehen.